

# Sport als attraktives Feld für Freiwilligendienste braucht keine Dienstpflicht

Positionierung des dsj-Vorstandes | Juli 2022

Das oberste Organ der Deutschen Sportjugend, ihre Vollversammlung, hat im Oktober 2018 bereits erklärt: **„Statt über eine Dienstpflicht oder ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr zu diskutieren, müssen die Freiwilligendienste deutlich ausgebaut und besser finanziell ausgestattet werden. Wir benötigen einen faktischen Rechtsanspruch auf die Förderung von Freiwilligendiensten. Dies kann unbürokratisch durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel umgesetzt werden.“**

Der Vorstand der Deutschen Sportjugend möchte angesichts der aktuellen Diskussion diese Position ausdrücklich bekräftigen. Eine Dienstpflicht, auch wenn sie als Gesellschaftsjahr rhetorisch aufgewertet wird, ist ein Eingriff in die Lebensplanung junger Menschen, für den es in Europa keinerlei Vorbild gibt. Wenn man mehr Verständnis für andere Lebensentwürfe und Meinungen wecken, Vorurteile abbauen und den Gemeinsinn stärken möchte, stehen mit den Freiwilligendiensten dafür hervorragende, etablierte Orte zur Verfügung. Schon heute leisten fast 100.000 meist junge Menschen und damit fast zehn Prozent eines Jahrgangs einen Freiwilligendienst. Freiwilligendienstleistende werden pädagogisch begleitet, was besonders wirksam für die Reflexion der Erfahrungen und die Förderung künftigen Engagements ist. Während ein Pflichtdienst von einem weiteren Engagement abhalten kann, zeigen Studien, dass die übergroße Mehrheit der Freiwilligendienstleistenden dem organisierten Sport langfristig in sehr unterschiedlichen Positionen erhalten bleibt. Das ist für das größte zivilgesellschaftliche Engagementfeld „Sport“ hochrelevant, die Sportvereine mit ihren Kindern und Jugendlichen profitieren langfristig.

Mit besseren Rahmenbedingungen – etwa einer kostenlosen Nutzung des ÖPNV, einer verbesserten Anrechnung des Dienstes auf Ausbildungsgänge und Studienzulassung oder einer Art Bafög für Freiwillige – sowie einer deutlich erhöhten finanziellen Förderung der Freiwilligen und Einsatzstellen durch den Bund wäre ein Ausbau der Freiwilligendienste im Sport gut möglich. Die Wohlfahrtsverbände sowie andere Anbieter von Freiwilligendiensten haben ebenfalls ihre Bereitschaft verdeutlicht, die angebotenen Plätze wesentlich zu steigern, sofern der Bundestag die dafür notwendigen Ressourcen bereitstellt. Wenn ausreichende Anreize für einen Freiwilligendienst geschaffen werden, lassen sich die Zahlen verdoppeln und verdreifachen, so dass Freiwilligendienste zu einem freiwilligen Gesellschaftsjahr werden – ganz ohne Zwang. Es ist vor diesem Hintergrund völlig unverständlich, dass über Kürzungen im entsprechenden Bundeshaushalt gesprochen wird, statt in einem ersten Schritt den Rechtsanspruch auf eine Förderung aller besetzten Freiwilligenplätze einzuführen und mittelfristig Plätze auszubauen.

Die Einführung eines Pflichtdienstes ist ein teurer, bürokratischer und juristisch angreifbarer gesellschaftspolitischer Irrweg. Der Ausbau der Freiwilligendienste lässt sich mit politischem Willen gestalten und vermag eine Antwort darauf zu geben, mit welchen Mitteln sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland stärken lässt.